

24. März 2009

Antrag

**der Mitglieder der Bezirksversammlung
Anja Quast, Thomas Ritzenhoff, Carsten Heeder, Ortwin Schuchardt,
Leni Melzer (SPD) und Fraktion**

§ 33 BezVG umsetzen: Politische Mitsprache von Kindern und Jugendlichen stärken!

Der § 33 BezVG schreibt die „angemessene Beteiligung“ von Kindern und Jugendlichen bei allen Planungen und Vorhaben vor, die deren Interessen berühren. Da die Interessen von Kindern und Jugendlichen unmittelbar bei sehr vielen Planungen und Vorhaben und betrachtet man den Zukunftsfaktor mittelbar bei allen Planungen und Vorhaben berührt werden, müssen geeignete Verfahren entwickelt werden, um diese gesetzliche Vorgabe umzusetzen.

Mit der Durchführung der ersten Wandsbeker Kinderkonferenz wurde in Wandsbek ein erster Schritt in die richtige Richtung getan. Die Kinderkonferenz kann in ihrer Durchführung sicherlich als Erfolg gewertet werden und wird den politischen Gremien viele Anregungen für eine kinderfreundlichere Gestaltung des Kerngebietes liefern.

Jedoch kann eine Kinderkonferenz in dieser Form, selbst wenn man sie auf alle Regionalbereiche übertrüge, nicht die einzige Form der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bleiben, weil sie nur einige – durch keine demokratische Auswahl legitimierte - Kinder erreicht und deren Beteiligung nur sehr punktuell stattfinden kann.

Um eine dauerhafte und ständige Beteiligung zu gewährleisten, bedarf es eines festen Beirates, in dem Kinder und Jugendliche einerseits ihre Anliegen aktiv in die Politik einbringen können, andererseits Politik und Verwaltung die Meinung von Kindern und Jugendlichen zu allen Vorhaben und Planungen anhören können. Als Beispiel kann der Kinder- und Jugendbeirat der Stadt Ahrensburg dienen.

Vor diesem Hintergrund beschließt die Bezirksversammlung:

1. Zur Umsetzung des § 33 BezVG werden in Wandsbek Kinder- und Jugendbeiräte eingerichtet. Die Beiräte werden mit einem echten Mitspracherecht ausgestattet. Sie sollen ein Rede- und Antragsrecht in der Bezirksversammlung haben.
2. Die Bezirksamtsleitung erarbeitet in Abstimmung mit dem Jugendhilfeausschuss ein Konzept für die Organisation und Konstituierung der Kinder- und Jugendbeiräte, die durch Wahlen legitimiert werden sollten.